

Fragen

für die Fragestunde der 230. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 20. März 2013

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Arnold, Rainer (SPD)	2, 3	Koenigs, Tom (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	24, 32
Bas, Bärbel (SPD)	12, 13	Körper, Fritz Rudolf (SPD)	7, 8
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	45	Kolbe, Manfred (CDU/CSU)	50, 51
Behm, Cornelia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	18	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	29, 30
Bellmann, Veronika (CDU/CSU)	19	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	20, 31
Birkwald, Matthias W. (DIE LINKE.)	63, 64	Movassat, Niema (DIE LINKE.)	27, 28
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	35, 38	Dr. Mützenich, Rolf (SPD)	39
Ernst, Klaus (DIE LINKE.)	62	Dr. von Notz, Konstantin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	46
Evers-Meyer, Karin (SPD)	4, 5	Paus, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	60, 61
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	34	Dr. Raabe, Sascha (SPD)	25, 26
Herzog, Gustav (SPD)	40, 41	Dr. Schick, Gerhard (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	54, 55
Dr. Höll, Barbara (DIE LINKE.)	56, 57	Dr. Seifert, Ilja (DIE LINKE.)	16, 17
Dr. Hofreiter, Anton (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	14, 15	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	47, 48
Humme, Christel (SPD)	10, 11	Dr. Tackmann, Kirsten (DIE LINKE.)	1, 49
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	36, 37	Dr. Troost, Axel (DIE LINKE.)	58, 59
Kaczmarek, Oliver (SPD)	21	Wagner, Arfst (Schleswig) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	22, 23
Keul, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	9, 33	Zöllmer, Manfred (SPD)	52, 53
Kilic, Memet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	42, 43		
Klingbeil, Lars (SPD)	6, 44		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	9
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	18

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

1. Abgeordnete
**Dr. Kirsten
Tackmann**
(DIE LINKE.) Welche Konsequenzen ergeben sich für die Finanzierung und die Umsetzung einzelner Projekte des Waldklimafonds aus dem Milliardenloch beim Energie- und Klimafonds (EKF), und welchen Reformbedarf sieht die Bundesregierung vor diesem Hintergrund beim Emissionshandel, um einerseits für mehr Klimaschutz sorgen zu können und andererseits die Finanzierung des EKF verlässlich abzusichern?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

2. Abgeordneter
**Rainer
Arnold**
(SPD) Welche Auswirkungen hat die strikte Anwendung der EU-Arbeitszeitrichtlinie auf Einsatzzeit und -dauer des Personals von zivil besetzten Schiffen der Bundeswehr, und wie wirkt sich dies auf die Einsatzfähigkeit der Flotte aus?
3. Abgeordneter
**Rainer
Arnold**
(SPD) Welche Lösung beabsichtigt das Bundesministerium der Verteidigung im Hinblick auf die EU-Arbeitszeitrichtlinie für das Personal der zivil besetzten Schiffe der Bundeswehr einzuführen, die eine durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit von maximal 48 Stunden aus Einsatzgründen überschreiten?
4. Abgeordnete
**Karin
Evers-Meyer**
(SPD) Welche Bestrebungen gibt es seitens des Bundesministeriums der Verteidigung, eine Ausnahmeregelung bezüglich der EU-Arbeitszeitrichtlinie für das Personal der zivil besetzten Schiffe der Bundeswehr zu erreichen, und wie ist der aktuelle Sachstand?
5. Abgeordnete
**Karin
Evers-Meyer**
(SPD) Mit welchen Ausnahmeregelungen stellen Frankreich und Dänemark nach Kenntnis der Bundesregierung den dauerhaften Betrieb sicher, wenn ihre zivil besetzten Schiffe aus Einsatzgründen und bei Übungseinsätzen die durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit von maximal 48 Stunden überschreiten?

- | | |
|--|--|
| 6. Abgeordneter
Lars
Klingbeil
(SPD) | Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um die Attraktivität der Bundeswehrfeuerwehr zu steigern?*) |
| 7. Abgeordneter
Fritz Rudolf
Körper
(SPD) | Gibt es Auswirkungen der Wehrpflichtaussetzung auf die Personalgewinnung des Militärischen Abschirmdienstes, und wenn ja, wie bewertet die Bundesregierung diese? |
| 8. Abgeordneter
Fritz Rudolf
Körper
(SPD) | Welche Konsequenzen hat der geplante Afghanistan-Abzug für die Arbeit des Militärischen Abschirmdienstes? |
| 9. Abgeordnete
Katja
Keul
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) | Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die bisherige Tätigkeit von AFISMA in Mali und die Kommandokette, nach der AFISMA Unterstützung durch französische Streitkräfte anfordert und einsetzt? |

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend**

- | | |
|---|---|
| 10. Abgeordnete
Christel
Humme
(SPD) | Plant die Bundesregierung das Projekt „Schulverweigerung – die 2. Chance“ fortzuführen, und wenn ja, in welcher Höhe? |
| 11. Abgeordnete
Christel
Humme
(SPD) | Durch welche Mittel soll das Projekt finanziert werden? |

*) Siehe hierzu auch Frage 44.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

12. Abgeordnete
**Bärbel
Bas**
(SPD) Wie hoch ist die in § 221 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (SGB V) festgeschriebene Beteiligung des Bundes zur pauschalen Abgeltung der Aufwendungen der Krankenkassen für versicherungsfremde Leistungen ab dem Jahr 2014, und aus welchem Grund wird diese Beteiligung erbracht?
13. Abgeordnete
**Bärbel
Bas**
(SPD) In welchem Umfang werden versicherungsfremde Leistungen durch die gesetzliche Krankenversicherung erbracht?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,
Bau und Stadtentwicklung**

14. Abgeordneter
**Dr. Anton
Hofreiter**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Hält die Bundesregierung die Bearbeitungszeiten für die Zulassung von Fahrzeugen durch das Eisenbahn-Bundesamt für angemessen, und welche Möglichkeiten sieht sie, diese Bearbeitungszeiten zu verkürzen, beispielsweise durch personelle Verstärkung oder organisatorische Maßnahmen?
15. Abgeordneter
**Dr. Anton
Hofreiter**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wie bewertet die Bundesregierung nach den bisherigen Erfahrungen den Sinn des besonderen naturschutzfachlichen Planungsauftrages für Projekte des Fernstraßenausbaugesetzes, und aus welchem Grund wurde dieses so genannte Ökosternchen nicht im Entwurf zur Grundkonzeption des künftigen Bundesverkehrswegeplanes berücksichtigt?
16. Abgeordneter
**Dr. Ilja
Seifert**
(DIE LINKE.) Was hat die Bundesregierung bisher zur Umsetzung der Forderungen 3 bis 5 aus dem Entschließungsantrag zum „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung personenbeförderungsrechtlicher Vorschriften“ (Bundestagsdrucksache 17/10859 vom 26. September 2012) getan, und welche Ergebnisse wurden dabei erzielt?

17. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)
Inwieweit erhöht sich das Gesamtgewicht von Reisebussen infolge der Ausrüstung mit barrierefreien Einstiegen, und welche diesbezüglichen Überlegungen gibt es in der Bundesregierung zur Erhöhung des zulässigen Gesamtgewichtes von Bussen in Deutschland?
18. Abgeordnete
Cornelia Behm
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Was qualifiziert Hartmut Mehdorn aus Sicht des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung als neuen Vorsitzenden der Geschäftsführung der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH, und wie steht die Bundesregierung zu seinem am 11. März 2013 geäußerten Vorschlag, den Flughafen Berlin-Tegel länger offen zu halten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

19. Abgeordnete
Veronika Bellmann
(CDU/CSU)
Welche Auswirkungen hat die Verordnung zur Änderung der Vorschriften über elektromagnetische Felder und das telekommunikationsrechtliche Nachweisverfahren auf bereits genehmigte Anlagen für den auf TETRA-Standard basierenden BOS-Digitalfunk insbesondere für die Landkreise im Freistaat Sachsen?
20. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Auf welcher Grundlage bzw. anhand welcher Kriterien nennt der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Peter Altmaier, die Studie des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e. V. (FÖS) „Die Kosten der Energiewende – Wie belastbar ist Altmaiers Billion?“ per Nachrichtendienst Twitter „reißerisch und unsachlich“ sowie „das Dümme, was mir in letzter Zeit untergekommen ist“, und welche konkrete detaillierte Aufstellung hat der Bundesumweltminister bei seiner Berechnung der 1 Bio. Euro im Rahmen der Energiewende bis Ende der 2030er-Jahre dem gegenüberzusetzen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung
und Forschung**

21. Abgeordneter
**Oliver
Kaczmarek**
(SPD)
- Welche Resultate hat die von der Bundesregierung geförderte Kampagne „Lesen & Schreiben – Mein Schlüssel zur Welt“ ergeben?
22. Abgeordneter
**Arfst
Wagner**
(Schleswig)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird im Zuge der geplanten Bündelung von Qualifizierungsprogrammen im Bundesministerium für Arbeit und Soziales und des Auslaufens des bisher über das Bundesministerium für Bildung und Forschung finanzierte Programm AQUA (Akademikerinnen und Akademiker qualifizieren sich für den Arbeitsmarkt) zum 30. September 2013 (vgl. Antwort auf meine Mündlichen Fragen 20 und 21, Plenarprotokoll 17/227, Anlage 11), sichergestellt, dass die sogenannten Studienergänzungen als wesentliches Element von AQUA, die derzeit als Weiterbildung an 25 Hochschulen erfolgreich durchgeführt werden, erhalten bleiben, und aus welchen Mitteln wird die Finanzierung gesichert?
23. Abgeordneter
**Arfst
Wagner**
(Schleswig)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung, dass das Programm AQUA künftig einem Programm zum Thema Weiterbildung für Migrantinnen und Migranten zugeordnet (vgl. Antwort auf meine Mündlichen Fragen 20 und 21, Plenarprotokoll 17/227, Anlage 11) werden soll, obwohl sich im Besonderen die interkulturelle Zusammensetzung und bedarfsorientierte Förderung in gemeinsam von inländischen und ausländischen Fachkräften besuchten Weiterbildungen als sinnvoll und erfolgreich erwiesen haben, wie an der hohen Vermittlungsquote von rund 50 bis 60 Prozent sechs Monate nach Beendigung der Studienergänzungen abzulesen ist (siehe z. B. Broschüre der Otto Benecke Stiftung e. V. „Perspektive Arbeitsmarkt!“ vom Dezember 2009)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

24. Abgeordneter
Tom Koenigs
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit unterstützt die Bundesregierung die Forderung u. a. von UNICEF, UN WOMEN und der VN-Sonderberichterstatterin zum Menschenrecht auf sauberes Trinkwasser und Sanitärversorgung, explizit das Ziel der Nichtdiskriminierung und Gleichheit in die Post-2015-Entwicklungsagenda zu integrieren?
25. Abgeordneter
Dr. Sascha Raabe
(SPD)
- Trifft die in dem Artikel „Weniger Kritik, mehr Werbung“ (taz vom 11. März 2013) aufgestellte Behauptung zu, dass Nichtregierungsorganisationen, die mit Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) geförderte Publikationen veröffentlichen wollen, seit der Änderung der entsprechenden BMZ-Förderbestimmungen im Jahr 2010 zunehmend auf eine inhaltliche Einflussnahme des BMZ eingehen müssen, und in wie vielen Fällen ist es bislang zu solchen inhaltlichen Einflussnahmen bei der Textgestaltung seitens des BMZ gekommen?
26. Abgeordneter
Dr. Sascha Raabe
(SPD)
- Sind Fälle bekannt, in denen diese Art der inhaltlichen Einflussnahme zu einem Verzicht von Nichtregierungsorganisationen auf die Veröffentlichung der Publikation geführt haben, und wenn ja, welche?
27. Abgeordneter
Niema Movassat
(DIE LINKE.)
- Ist die Feststellung im „Sachstand Sonderinitiative Versöhnung“ des BMZ vom 5. März 2013 (der Parlamentariergruppe der SADC-Staaten des Deutschen Bundestages zugeleitet), dass „verschiedene Vertreter der Herero, insbesondere Chief Kuaima Riruako, einen Anspruch auf Entschädigungszahlungen“ aufrechterhalten, so zu verstehen, dass die Bundesregierung die besagte „Sonderinitiative“ der bilateralen finanziellen Entwicklungszusammenarbeit als eine Art Ersatz für wie auch immer geartete Entschädigungszahlungen für durch die deutsche koloniale „Schutztruppe“ im Rahmen ihres „Vernichtungsfeldzugs“ gegen Herero und Nama verübte Verbrechen verstanden wissen will, und welche Anstrengungen wurden seitens der Bundesregierung unternommen, alle relevanten Stakeholder, insbesondere die Chiefs und die etablierten Opferverbände der Herero und Nama (OGF, OCD-1904, Nama Technical Committee) in Planung, Management und Durchführung der Maßnahmen der Sonderini-

tiative ab dem frühestmöglichen Stadium mit einzu-
beziehen, um das größtmögliche Maß an Ownership
zu gewährleisten?

28. Abgeordneter
Niema
Movassat
(DIE LINKE.)

Wie erklärt sich die Bundesregierung die große Dis-
krepanz zwischen der eigenen Aussage, über einen
„community driven approach“ die Beteiligung der
von der „Sonderinitiative“ der bilateralen finanziel-
len Entwicklungszusammenarbeit mit Namibia be-
troffenen Gemeinden sichergestellt zu haben (s. Ant-
wort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage
der Fraktion DIE LINKE. zu Frage 16a auf Bun-
destagsdrucksache 17/10481 und „Sachstand Son-
derinitiative Versöhnung“ vom 5. März 2013), ge-
genüber dem über das gesamte letzte Jahr und auch
schon davor wiederholt öffentlich geäußerten Pro-
test von nicht unwesentlichen organisierten Teilen
dieser betroffenen Gemeinschaften, sie wären zu
keinem Zeitpunkt effektiv an Entscheidungen der
„Sonderinitiative“ beteiligt worden – weder auf der
niedrigsten Partizipationsebene einer Befragung
noch auf der für eine größtmögliche Wirksamkeit ei-
gentlich notwendigen Ebene des Managements oder
der Durchführung in Form von Beratern, lokalen
Mitarbeitern, örtlich vorhandenen Ingenieuren und
örtlich vorhandenem oder schulbarem technischem
und administrativem Sachverstand innerhalb der be-
troffenen Gemeinden –, und welche Schritte wurden
unternommen, um diese Proteste ernst zu nehmen
und sie in etwaige Korrekturen der „Sonderinitiati-
ve“ einfließen zu lassen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

29. Abgeordnete
Sylvia
Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wann genau (bitte Kalenderdatum) trifft bzw. traf
sich der Gemeinsame Ausschuss der sogenannten
Trialogstaaten des Vertrags von Almelo – Deutsch-
land, Großbritannien und Niederlande – in der
diesjährigen zwölften Kalenderwoche (es wird
nachdrücklich darum gebeten, auf die mittler-
weile dritte Frage seitens der Bundestagsfraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nach dem Datum
dieses Treffens dieses Datum nun anzugeben; vgl.
Antworten der Bundesregierung auf meine Münd-
liche Frage 32, Plenarprotokoll 17/218, Anlage 17
sowie auf die Schriftliche Frage 49 des Abgeord-
neten Dr. Hermann E. Ott auf Bundestagsdruck-
sache 17/12646), und welche konkreten Tagesord-

nungspunkte werden bzw. wurden bei dem Treffen behandelt (ggf. bitte mit Ergebnis, falls das Treffen zum Zeitpunkt der Antwort auf diese Frage bereits stattgefunden hat)?

30. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Anhand welcher konkreten Evaluierungs- und Entscheidungsmethoden und -kriterien wird bzw. will die Bundesregierung im Falle eines konkret anstehenden Verkaufs der deutschen Anteile am Urananreicherungsunternehmen URENCO prüfen und entscheiden, ob auch weiterhin nukleare Nichtverbreitung, Sicherung der Technologie und wirtschaftliche Solidität bei URENCO sichergestellt sind oder nicht, und von welchen Bundesbehörden neben dem federführenden Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie sowie dem Auswärtigen Amt hängt dabei die Entscheidung über die zentrale Frage der nuklearen Nichtverbreitung und Sicherung der Technologie noch ab (bitte vollständige Angabe differenziert nach zustimmungspflichtig und beratend)?
31. Abgeordneter
**Oliver
Krischer**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Änderungen beabsichtigt die Bundesregierung an der Markscheider-Bergverordnung vorzunehmen, und sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit, das geltende Recht (Bundesberggesetz bzw. Markscheider-Bergverordnung) dahingehend zu ändern, dass Markscheider ihre Tätigkeit in Zukunft unabhängig von Bergbaukonzernen ausüben müssen?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

32. Abgeordneter
**Tom
Koenigs**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Unterstützt die Bundesregierung das im April 2012 eingerichtete lateinamerikanische Netzwerk zur Prävention von Völkermord und Massenverbrechen und das am 19. Februar 2013 gegründete afrikanische Netzwerk zur Prävention schwerster Menschenrechtsverletzungen?

33. Abgeordnete
**Katja
Keul**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Funktion von Hauptmann Amadou Sanogo in seiner Funktion als Vorsitzender des Komitees für die Reform der malischen Streitkräfte (Le Comité de Suivie de la Réforme de l'Armée) und die Zusammenarbeit zwischen den Verantwortlichen von EUTM Mali und diesem Komitee?
34. Abgeordnete
**Heike
Hänsel**
(DIE LINKE.)
- Inwiefern verspricht sich die Bundesregierung Ausichten auf eine politische Lösung, wie von dem UN-Sondergesandten für Syrien, Lakhdar Brahimi, angestrebt, wenn sie nun mit Frankreich und Großbritannien erwägt, das UN-Waffenembargo zu unterlaufen und Waffen an die bewaffnete Opposition zu liefern (siehe tagesschau.de, 15. März 2013)?
35. Abgeordnete
**Sevim
Dağdelen**
(DIE LINKE.)
- Welche Informationen, besonders auch geheimdienstliche, liegen der Bundesregierung u. a. im Zusammenhang mit der Beteiligung der Bundeswehr am UNIFIL-Einsatz, der Waffenschmuggel unterbinden soll, über den Umfang an Waffen und bewaffneten Kämpfern vor, die in den vergangenen Wochen die Grenze zwischen dem Libanon und Syrien passiert haben, und welche Auffassung hat die Bundesregierung bezüglich der Bemühungen der libanesischen Regierung, diesen Transit zu unterbinden, auch vor dem Hintergrund ihrer diesbezüglichen völkerrechtlichen Verpflichtungen?
36. Abgeordneter
**Andrej
Hunko**
(DIE LINKE.)
- Welche konkreten Anstrengungen bzw. sonstigen vorbereitenden oder begleitenden politischen und organisatorischen Maßnahmen (bitte ebenfalls konkretisieren) unternehmen die Europäische Union und die Bundesregierung 2013 hinsichtlich der Umsetzung einer sogenannten Sicherheitssektorreform in Tunesien, und welche vermeintlichen „Schwächen“ oder „Defizite“ wurden von der Europäischen Union oder der Bundesregierung hierzu bereits festgestellt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

37. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Welche Informationen haben Behörden der Bundesregierung und Belgiens im Vorfeld diesjähriger Proteste gegen das Krisenmanagement der Europäischen Union (insbesondere zum Aktionstag am 13. März 2013 und den für den 14. März 2013 geplanten und teilweise verbotenen Demonstrationen in Brüssel) ausgetauscht (bitte die jeweils beteiligten Behörden Belgiens und Deutschlands nennen und, sofern der Bundesregierung bekannt, auch für Landesbehörden angeben), und in welchen Fällen hat das Bundeskriminalamt bzw. haben andere Behörden der Bundesregierung in den letzten fünf Jahren über das Netzwerk bzw. die Kontaktstelle der „Police Working Group on Terrorism“ (PWGT) mit Belgien nicht nur Informationen zu „Terrorismus“, sondern auch „Kriminalität“ oder „Extremismus“ ausgetauscht (sofern hierüber keine Statistiken geführt werden, bitte, soweit bei den zuständigen Stellen erinnerlich, angeben)?
38. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus der vom Sachverständigen Martin Jungnickel in der Anhörung des Innenausschusses des Deutschen Bundestages vom 13. März 2013 vorgetragene Prognose, wonach im Regierungspräsidium Darmstadt, das für etwa 10 Prozent aller bundesweiten Einbürgerungen stehe, im Jahr 2013 voraussichtlich etwa 100 Menschen ihre deutsche Staatsangehörigkeit infolge der Optionsregelung des Staatsangehörigkeitsgesetzes verlieren werden, und inwieweit hält sie dies für verantwortbar, weil dies dazu führen könnte, dass ab dem Jahr 2018 aufgrund zehnmal größerer Fallzahlen bundesweit jährlich etwa 10 000 Deutsche ihre deutsche Staatsangehörigkeit infolge der Optionsregelung verlieren würden?
39. Abgeordneter
Dr. Rolf Mützenich
(SPD)
- Ist die Bundesregierung vor dem Hintergrund der am 14. März 2013 von EU-Kommissar Štefan Füle geäußerten Befürchtung (Betr.: 3230. Tagung des Rates für Außenbeziehungen am 11. März 2013 in Brüssel, hier: Südliche Nachbarschaft – einschl. Ägypten, Libyen, Tunesien) einer Destabilisierung der Nachbarstaaten Syriens durch die immer stärker anschwellenden Flüchtlingsströme bereit, sich über die bereits geleisteten finanziellen und humanitären Hilfsmaßnahmen hinaus zum einen auf EU-Ebene für eine koordinierte Aufnahme von Flüchtlingskontingenten aktiv einzusetzen, und ist sie ferner bereit, gleichzeitig und unverzüglich eine Initiative zu starten mit dem Ziel, in enger Abstimmung mit den

- Ländern die Aufnahme von Flüchtlingen in einem noch zu bestimmenden Umfang gemäß humanitären Kriterien in die Wege zu leiten?
40. Abgeordneter
Gustav Herzog
(SPD)
- Mit welchen Auswirkungen rechnet die Bundesregierung für die Binnen- und Seeschifffahrt, die aus der Novellierung des Bundesgebührengesetzes erwachsen können, und wie beabsichtigt die Bundesregierung, die anzulastenden Vollkosten auf die jeweiligen Nutzer der Wasserstraße nach dem Verursacherprinzip gerecht zu übertragen?
41. Abgeordneter
Gustav Herzog
(SPD)
- Wie beabsichtigt die Bundesregierung, die potentielle Gebührenanlastung für die Nutzung der Bundeswasserstraßen zu gestalten, dass der intermodale Wettbewerb nicht beeinträchtigt wird, und wie wird die Bundesregierung ihre gesetzten Klimaschutzziele erreichen, wenn der Verkehrsträger Binnenschiff im Wettbewerb schlechtergestellt wird und zu befürchten ist, dass es zu einer Verkehrsverlagerung vom Binnenschiff auf die Straße kommt?
42. Abgeordneter
Memet Kilic
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Legislativvorschläge der Europäischen Kommission für ein Einreise-/Ausreisensystem (EES) und ein Registrierprogramm für Reisende (RTP) im Hinblick auf ihre Vereinbarkeit mit dem Grundgesetz und EU-Grundrechten, insbesondere im Hinblick auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Vorratsdatenspeicherung?
43. Abgeordneter
Memet Kilic
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Unterstützt die Bundesregierung den geplanten Zugriff der Polizei auf die bei EES und RTP gesammelten Daten von EU-Ausländern?
44. Abgeordneter
Lars Klingbeil
(SPD)
- Welche Auswirkungen hat die geplante Novellierung des § 79 des Bundesbesoldungsgesetzes (BBesG) auf die Beamten im Einsatzdienst der Bundeswehrfeuerwehr, und welche Maßnahmen werden unternommen, um die signifikante Erhöhung der Stundenzahlen auszugleichen?*)

*) Siehe hierzu auch Frage 6.

45. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Innenministerinnen und Innenminister bzw. Senatoren der Länder sind vor dem Beschluss der Innenministerkonferenz vom 7. Dezember 2012 zur Beantragung eines NPD-Verbotsverfahrens der Bitte des Bundesministers des Innern nachgekommen, die V-Leute-Freiheit des für das Verbotsverfahren gelieferten Materials schriftlich und mit eigener Unterschrift zu bestätigen, und welche Innenministerinnen und Innenminister haben diese Unterschrift wieder zurückgezogen?
46. Abgeordneter
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Trifft es nach Einschätzung der Bundesregierung zu, dass die für ein NPD-Verbotsverfahren erstellte Materialsammlung auf Grundlage der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts der 50er-Jahre gefasst wurde und sich die Zusammenstellung des Beweismaterials nicht an den aus der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte ableitbaren Kriterien für ein erfolgreiches Parteienverbot orientiert?
47. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Angaben macht die Bundesregierung, ob und mit welchem Ergebnis von Stellen des Bundes oder der Bundesländer die Materialsammlung der „Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Prüfung der Erfolgsaussichten eines neuen NPD-Verbotsverfahrens“ vom November 2012 an die örtlich zuständigen Staatsanwaltschaften übermittelt wurde, zur Prüfung der Frage, ob strafrechtliche Ermittlungsverfahren u. a. wegen Volksverhetzung, Aufforderung zu oder Billigung von Straftaten gegen NPD-Mitglieder (siehe vor allem S. 909 ff. und 986 ff. der genannten Materialsammlung) einzuleiten sind, und – falls dies noch nicht geschehen ist – wann wird die Bundesregierung im Hinblick auf ihre immer neuen Bekundungen der Entschlossenheit im Kampf gegen NPD und Rechtsradikale und angesichts des sich aus der Sammlung ergebenden Verdachts der Begehung von Straftaten im Zuge der Übersendung des Materials Strafanzeige erstatten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

48. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird die Bundesregierung noch vor der Bundestagswahl die Forderung der Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel zur gesetzlichen Deckelung von Managergehältern umsetzen (vgl. Freie Presse und SPIEGEL ONLINE vom 13. März 2013), indem sie nach Schweizer Vorbild durch Änderung des Aktienrechts die Aktionäre auf AG-Hauptversammlungen darüber entscheiden lässt, oder teilt die Bundesregierung meine Auffassung, dass auch dann die Banken mit ihren großen Stimpfpaketen weiterhin zu hohe Gehälter bewilligen würden, so dass diese nur wirksam gedeckelt werden können, indem das Gesetz selbst die Höchstgrenzen vorgibt (wie z. B. § 5 Absatz 2 Nummer 4 Buchstabe a der Finanzmarktstabilisierungsfonds-Verordnung auf 500 000 Euro)?
49. Abgeordnete
Dr. Kirsten Tackmann
(DIE LINKE.)
- Hält die Bundesregierung die aktuelle Erteilungspraxis des Europäischen Patentamts für angemessen angesichts des noch ausstehenden Grundsatzurteils der Großen Beschwerdekammer über ein Patent auf Tomaten (G2/12), und welche Rückschlüsse zieht sie aus dem am 13. März 2013 veröffentlichten Bericht zu Bio-Patenten von „no patents on seeds“?
50. Abgeordneter
Manfred Kolbe
(CDU/CSU)
- Warum konnten bisher keine postalischen bzw. sonstigen Zustellungen und Vorladungen im Auftrag des Sächsischen Landtages, der Staatsanwaltschaft Dresden sowie sächsischer Gerichte gegen den ehemaligen Vorstandsvorsitzenden der Sächsischen Landesbank, Michael Weiss, der heute im griechischen Teil Zyperns lebt, zur Klärung von dessen Verantwortlichkeit vorgenommen werden, obwohl dieser vermutlich der Hauptschuldige für dubiose Geschäfte der ehemaligen Sächsischen Landesbank ist, für die der Freistaat Sachsen heute in Höhe von 2,75 Mrd. Euro haftet?*)

*) Siehe hierzu auch Frage 51.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

51. Abgeordneter
Manfred Kolbe
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung diesen Zustand mit der Gewährung eines Hilfspakets für Zypern in zweistelliger Mrd.-Eur-Höhe für vereinbar?*)
52. Abgeordneter
Manfred Zöllmer
(SPD) Wie schätzt die Bundesregierung die Situation in Irland, insbesondere hinsichtlich seines Bankensektors, derzeit ein?
53. Abgeordneter
Manfred Zöllmer
(SPD) Welche möglichen Kosten oder Risiken ergeben sich für den Bundeshaushalt bei den von der Troika analysierten Optionen, um die eigenständige Refinanzierung Irlands an den Kapitalmarkt nach Auslaufen des Hilfsprogramms von u. a. Europäischer Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF), Europäischem Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM) und Internationalem Währungsfonds (IWF) ab Dezember 2013 zu unterstützen (vgl. Pressemitteilung des Rates für Wirtschaft und Finanzen vom 5. März 2013)?
54. Abgeordneter
Dr. Gerhard Schick
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Inwiefern sieht die Bundesregierung Bedarf, Irlands eigenständige Refinanzierung über den Kapitalmarkt nach Auslaufen des Hilfsprogramms von u. a. EFSF, EFSM und IWF ab Dezember 2013 beispielsweise durch eine Streckung von Rückzahlungsfristen gewährter Kredite zu unterstützen?
55. Abgeordneter
Dr. Gerhard Schick
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Ist die Bundesregierung bereit, Irlands eigenständige Refinanzierung über den Kapitalmarkt nach Auslaufen des Hilfsprogramms von u. a. EFSF, EFSM und IWF ab Dezember 2013 beispielsweise durch eine Streckung von Rückzahlungsfristen gewährter Kredite zu unterstützen (vgl. insbesondere FAZ vom 6. März 2013, „Finanzminister stellen Irland und Portugal Unterstützung in Aussicht“), und wenn ja, zielt die etwaige Unterstützungsbereitschaft der Bundesregierung vor allem auf eine Änderung der Kreditkonditionen von mittels EFSM gewährten Darlehen, um eine Befassung des Deutschen Bun-

*) Siehe hierzu auch Frage 50.

destages zu umgehen (vgl. Handelsblatt vom 11. März 2013, „Rettungskredite – Hilfe mit Tricks“)?

56. Abgeordnete
Dr. Barbara Höll
(DIE LINKE.)
- Können sich Steuerpflichtige direkt auf das Urteil des Europäischen Gerichtshofes (Urteil vom 28. Februar 2013, C-168/11) bezüglich der Anrechnung ausländischer Steuern beziehen und abweichend von § 34c Absatz 1 des Einkommensteuergesetzes den Höchstbetrag durch eine Verhältnisrechnung mit Bezug zum versteuernden Einkommen, anstatt wie bisher zur Summe der Einkünfte ansetzen, und welche Änderungen des nationalen Einkommensteuerrechts in Bezug auf das Urteil erwägt die Bundesregierung?
57. Abgeordnete
Dr. Barbara Höll
(DIE LINKE.)
- Welche verfassungsrechtlichen Vorgaben sind der Bundesregierung bekannt, die bei einer Einführung eines Familiensplittings hinsichtlich Steuerfreistellung des Existenzminimums der Familienmitglieder, Familienleistungsausgleich und steuerlicher Berücksichtigung von Unterhaltsansprüchen der Familienmitglieder untereinander zu beachten sind, und welche Fehlanreize sieht die Bundesregierung im derzeitigen Ehegattensplitting hinsichtlich der Förderung von Familie und Kindern?
58. Abgeordneter
Dr. Axel Troost
(DIE LINKE.)
- Sieht die Bundesregierung bei der erbschaftsteuerlichen Begünstigung sogenannter Cash-GmbHs Nachbesserungsbedarf hinsichtlich ungewollter Steuervermeidungsstrategien, und wird die Bundesregierung diesbezüglich in dieser Legislaturperiode noch einen Gesetzentwurf einbringen?
59. Abgeordneter
Dr. Axel Troost
(DIE LINKE.)
- Teilt die Bundesregierung die Meinung der Bundesländer auf Bundesratsdrucksache 95/1/13, wonach § 15b des Einkommensteuergesetzes (EStG) zu erweitern ist, um Steuerstundungsmodelle mit dem Handel von wertvollen Wirtschaftsgütern im Umlaufvermögen unter Anwendung einer Einnahme-Überschussrechnung zu unterbinden, und können nach Ansicht der Bundesregierung diesbezüglich die Einschränkungen der Einnahme-Überschussrechnung gemäß § 4 Absatz 3 Satz 4 EStG (vergleichbare nicht verbriefte Forderungen) auch auf den Handel mit Gold angewendet werden?

60. Abgeordnete
Lisa Paus
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wie hoch sind nach Auffassung der Bundesregierung die Umsätze aus Transaktionen mit Derivaten, die nach dem Kommissionsvorschlag zur Einführung der Finanztransaktionssteuer in verstärkter Zusammenarbeit in die steuerliche Bemessungsgrundlage einfließen würden?
61. Abgeordnete
Lisa Paus
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) In welcher Höhe würden nach Auffassung der Bundesregierung Steuereinnahmen auf der Basis des Kommissionsvorschlags zur Einführung der Finanztransaktionssteuer in verstärkter Zusammenarbeit dem deutschen Fiskus zufließen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

62. Abgeordneter
Klaus Ernst
(DIE LINKE.) Wie viele zusätzliche Haushaltsmittel flossen in den Bundeshaushalt, indem Zuschüsse gesenkt, Beitragszahlung gemindert/eingestellt wurden oder der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung gesenkt wurde, einschließlich der Steuermehreinnahmen durch Senkung des Rentenbeitrags sowie ggf. der Minderausgaben des Bundes für seine rentenversicherungspflichtigen Angestellten (bitte aufschlüsseln für die Zeiträume Oktober 2005 bis September 2009 sowie Oktober 2009 bis einschließlich Februar 2013)?
63. Abgeordneter
Matthias W. Birkwald
(DIE LINKE.) Wie hoch ist die anteilige Summe, die bei der Regelbedarfsermittlung auf die Anschaffung/Ersetzung einer Brille entfällt, und wie lange muss eine/ein Grundsicherungsberechtigte/-berechtigter theoretisch diesen Betrag monatlich ansparen, um die durchschnittlichen Kosten einer Brille finanzieren zu können?
64. Abgeordneter
Matthias W. Birkwald
(DIE LINKE.) Ist es nach Rechtsauffassung der Bundesregierung zutreffend, dass Brillen in der Grundsicherung als Mehrbedarf finanziert werden (wie der Abgeordnete Karl Schiewerling in einer öffentlichen Veranstaltung vorgetragen hat), und gedenkt sie, die Forderung, dass die Anschaffung einer aus gesundheitlichen Gründen notwendigen Brille ein Tatbestand

für einen Mehrbedarf sein sollte, aufzugreifen und noch in dieser Legislaturperiode gesetzlich zu regeln?

